



(v. l. n. r.): Maritta Böttcher, Felix Thier, Dr. Irene Pacholik, Annekathrin Loy, Dirk Hohlfeld, Dr. Rudolf Haase, Hartmut Rex, Roland Scharp, Hans-Jürgen Akuloff, Jörg-Martin Bächmann  
(es fehlen Heike Kühne und Peter Dunkel).

## AUS DEM FEBRUAR-KREISTAG: SCHWERPUNKTTHEMA HAUSHALT 2015

Und wieder ein mit überwältigender Mehrheit (nur zwei Gegenstimmen und eine Enthaltung) beschlossener Haushalt für Landrätin Kornelia Wehlan. Der Sparwillen ist erkennbar, Schulden werden abgebaut, Überschüsse, Schlüsselzuweisungen, Konsolidierungen und »Aufräumen« bei Altlasten in Millionenhöhe machen es möglich. Lob für die Verwaltung und insbesondere den neuen Kämmerer, Herrn Ferdinand. Das ist in Kurzfassung die Quintessenz der Diskussion im März-Kreistag.

Auch im Zuge der Haushaltsberatung hat der Kreistagskollege von der Bank erneut mit seiner Fraktion BVB/Freie Wähler versucht, sein Anliegen zur Personalausstattung bei der Schulsozialarbeit an den kreislichen Gymnasien durchzubringen. Dazu hatte er sich öffentlichkeitswirksam Schülerinnen und Schüler sowie Eltern/Lehrer in den Kreistag eingeladen. Zur zusätzlichen Untermauerung des Anliegens wurde dann von Seiten seiner Fraktion eine namentliche Abstimmung verlangt. Für DIE LINKE war nur eine Ablehnung konsequent: Der Antrag wurde bereits auf einer früheren Kreistagssitzung als Prüfauftrag für die Verwaltung mit großer Mehrheit beschlossen, die Prüfung ist nicht abgeschlossen, ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Nun das gleiche nochmals zu fordern, stellt den vorhergehenden

den Beschluss ad absurdum. Weiterhin hat der zuständige Jugendhilfeausschuss ausdrücklich die Ablehnung des erneut vorgelegten Antrages gefordert. Ebenso nur einen Tagesordnungspunkt zuvor wurde unter sehr großer Mehrheit das Haushaltssicherungskonzept (HASIKO) beschlossen – dieser Antrag mit seinen nun geforderten zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeit wäre aufgrund der Freiwilligkeit dieser Leistung ein erster Verstoß gegen das HASIKO. Und entgegen den Vorgaben der Geschäftsordnung des Kreistages wurde zu diesem haushaltsrelevanten (da Ausgaben gefordert) Antrag der Haushalts- und Finanzausschuss nicht einbezogen bzw. beteiligt. Im Ergebnis dessen stimmten dann 32 Kreistagsmitglieder gegen den Antrag, neun dafür, zwei enthielten sich. Eine bedauerliche, weil vermeidbare, Niederlage für das ja eigentlich richtige Anliegen. Und ein umsonst gemachter Weg der Betroffenen aus Rangsdorf bis nach Luckenwalde, dank der falsch geweckten Erwartungen von Seiten der Antragsteller. Das produziert Politikverdrossenheit.

### **Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2015**

Die Haushaltslage des Landkreises ist nach wie vor sehr ernst. Für 2015 betragen die investiven Schlüsselzuweisungen 2,92 Milli-

onen Euro. Nach den derzeitigen Regelungen im Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz sind diese ausschließlich aus der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung des Bundes finanziert. Diese Gelder werden mit dem Auslaufen des Solidarpakts II bis Ende 2019 schrittweise reduziert und dann gänzlich wegfallen.

Bereits in der Kreistagsitzung am 28. April 2014 hat die Landrätin auf dieses Thema aufmerksam gemacht und am Beispiel des Schwerpunktes Bildung und Schule die Notwendigkeit formuliert, dass beginnend mit der Haushaltsplanung 2015 eine Prioritätenliste zu den Investitionen aufgestellt wird. Genau diese Liste wurde nun bei nur einer Gegenstimme und Enthaltung im Kreistag beschlossen und setzt den Ansatz der rot-roten Landesregierung fort: Investitionen zuerst in Köpfe und Bildung, nicht in Beton.

### **Höhere Effizienz bei der Nutzung des Kreishauses**

Gute Idee, schlechte Recherche – so lässt sich wohl das Anliegen dieses Antrages zusammenfassen. Die Fraktion BVB/Freie Wähler war der Meinung, dass die Räume der Fraktionen im Kreishaus nicht nur für dieselben da sein sollten, sondern auch für die Nutzung (Beratungen oder andere Zwecke) durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt werden sollte. Problem nur:

Die Fraktionen (zumindest unsere Fraktion) stehen in ihren Räumen Sitzungsunterlagen und Protokolle des Kreistages und seiner Gremien – und diese sind natürlich teilweise nicht öffentlich, wären damit aber für alle Raumnutzer einsehbar. Weiterhin lagern in den Räumen auch durch die Fraktionen erworbene Computertechnik bzw. -zubehör – wer überwacht deren Schutz? Diese Argumentation war für die sehr große Mehrheit des Kreistages nachvollziehbar: Der Antrag wurde abgelehnt.

### **Kreisgebietsreform**

Das Land beabsichtigt in den nächsten Jahren eine Funktional- und Kommunalreform in den Kommunen durchzuführen. Ein etwas kurzgedachter Antrag von der Fraktion BVB/Freie Wähler hat nun Forderungen wie »Nein zur Kreisgebietsreform!«, »Ja zum Erhalt des Landkreises Teltow-Fläming!« im Titel, im Text werden eine Kreisgebietsreform und Fusionen mit nicht näher genannten Landkreisen erwähnt bzw. abgelehnt. Das Problem: Von Seiten des Landes liegen nicht ein einziges inhaltliches Papier oder Pläne dazu vor! Da dem Anliegen prinzipiell nicht der Sinn abgesprochen werden muss, wurde das Papier an den Kreisausschuss überwiesen.

**Felix Thier**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

# ANTRÄGE

## Antrag zur Barrierefreiheit (März 2015)

Seit 2009 gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie garantiert Menschen mit Behinderungen im Artikel 9, Zugänglichkeit (Barrierefreiheit) für öffentliche Gebäude:

(1) »Um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung (selbstbestimmtes Leben) und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten (gleichberechtigt mit anderen) Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten,

die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten. Diese Maßnahmen, welche die Feststellung und Beseitigung von Zugangshindernissen und -barrieren einschließen, gelten unter anderem für

a) Gebäude, Straßen, Transportmittel sowie andere Einrichtungen in Gebäuden und im Freien, einschließlich Schulen, Wohnhäusern, medizinischer Einrichtungen und Arbeitsstätten;«

Menschen mit Behinderungen, insbesondere Menschen in Rollstühlen, Sehbehinderte und Gehörlose haben oft Schwierigkeiten in öffentliche Gebäude des Kreises und seiner Betriebe und Gesellschaften zu gelangen und/ oder sich in ihnen zu bewegen. Damit ist ein uneingeschränkter Zugang nicht gewähr-

leistet, zementiert die nach wie vor gegebenen Einschränkungen von Menschen mit Behinderungen. Dies steht im Widerspruch zum Gleichbehandlungsgesetz und zur UN-Behindertenrechtskonvention.

### Deshalb stellen wir den folgenden Antrag:

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, festzustellen, welche kreislichen Gebäude nach DIN-Norm 18040-1 nicht barrierefrei sind und welche diesbezüglichen Mängel sie aufweisen. Bereits existierende Listen und Aufstellungen werden in diesem Sinne überarbeitet und aktualisiert. Im Zuge der Feststellung der Mängel wird die Verwaltung beauftragt, eine Aufstellung der Kosten für etwaige Umbaumaßnahmen zu ermitteln.

Die Verwaltung ermittelt unter den gleichen oben angeführten Kriterien etwaige Mängel bei allen Gebäuden und Einrichtungen von kreislichen Eigenbetrieben, Gesellschaften etc. mit Beteiligung des Landkreises und erstellt eine Auflistung.

Die dann erfolgte Bestandsaufnahme wird zunächst zeitnah dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Bearbeitung vorgelegt. Sie bildet die Grundlage für ein Programm zur Schaffung einer weitestgehenden Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden des Landkreises.

Der zuständige Beirat und die im Landkreis tätigen Vereine der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen sind aktiv einzubeziehen (siehe Artikel 4 (3), UN-BRK).

### Hans-Jürgen Akuloff

Vorsitzender der Fraktion  
DIE LINKE

## MIT DEN GRÜNEN FÜR NATURSCHUTZ

Einen gemeinsamen Beschlussantrag zur Pflege von Naturschutzflächen auf der Liegenschaft Kummersdorf/Sperenberg haben die Fraktionen Bündnis '90/Die Grünen und DIE LINKE im Kreistag auf den Weg gebracht. Ziel ist es, durch die Nutzung verschiedener Fördertöpfe die Pflege von geschützten Biotopbereichen zu gewährleisten.

Eine Besonderheit im Landkreis Teltow-Fläming sind die großen ehemaligen Militärliegenschaften. Auf rund 18 Prozent der Kreisfläche konzentrieren sich im Landkreis fast ein Viertel aller militärischen Konversionsflächen Brandenburgs. Insofern kommt dem Landkreis Teltow-Fläming beim Umgang mit ehemals militärisch genutzten Liegenschaften eine besondere Verantwortung zu.

Zu den militärischen Liegenschaftsflächen gehört auch die ehemalige Heeresversuchsstelle Kummersdorf. Eine Besonderheit und ein Alleinstellungsmerkmal dieses Geländes stellt sein hoher international bedeutender Denkmalwert dar. Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege hat einen Großteil des Gesamtkomplexes (2.100 ha von 3.500 ha) als größtes technisches Flächendenkmal Brandenburgs in die Denkmalliste des Landes eingetragen. Es handelt sich bei der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf nicht um einen der vielen typischen Truppenübungsplätze in Brandenburg, sondern

vielmehr um ein ehemaliges Technologiezentrum und wahrscheinlich um die vielfältigste Militärtechnikerprobungsstelle der Welt. Das Denkmal setzt sich aus 160 bislang bekannten Einzelobjekten zusammen.

Die mehr als 100 Jahre andauernde militärische Nutzung, welche als Entwicklungs- und Erprobungsstätte für Militärtechnik begann und als sowjetischer Militärflugplatz im Jahr 1994 endete, bewirkte, dass sich hier eine sehr wertvolle Naturausstattung erhalten und entwickeln konnte. Große Teile der Kummersdorfer Heide und des Breiten Steinbusches stehen unter Naturschutz. Insgesamt unterliegen 1.400 Hektar der 3.500 Hektar großen Liegenschaft dem gesetzlichen Biotopschutz. Vier FFH-Gebiete umfassen eine Fläche von nahezu 1.100 Hektar.

Die Untere Naturschutz- und die Untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming haben 2008 eine Zielkonzeption für die Liegenschaftsflächen Sperenberg und Kummersdorf-Gut erarbeiten lassen. Ziel dieses Konzeptes ist es, Entwicklungsmöglichkeiten für das Areal aufzuzeigen, die mit den Belangen des Natur- und Umweltschutzes und mit denen des Denkmalschutzes in Übereinstimmung stehen. Hierzu wurde die Projektgruppe Heeresversuchsstelle Kummersdorf gebildet, die eine Zielkonzeption für die zukünftige Nutzung des Geländes erarbeitet

hat. Das ursprünglich der Vorbereitung von Kriegen dienende Gelände soll zu einem friedlichen Ort der Bildung und der kritischen Reflexion – einem Museum in der Natur – umgestaltet werden.

Die jetzt beantragten Biotoppflegearbeiten betreffen Heide- und Trockenrasenflächen im Bereich des Flugplatzes Sperenberg, die Pflege von Moorflächen z. B. am »Breiten Luch« sowie die Pflege der Heiden und Trockenrasenflächen im »Zielfeld West«, insbesondere die Freistellung der Zielaufbauten durch Gehölzentnahme.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation des Landkreises wird das Projekt nur dann durchgeführt, wenn es zu 100 Prozent gefördert wird – wie es auch bei vergleichbaren Projekten in der Vergangenheit der Fall war.

Ein Beispiel hierfür ist die 2014 umgesetzte Renaturierungsmaßnahme

im FFH-Gebiet Teufelssee auf der ehemaligen Liegenschaftsfläche bei Sperenberg. Als Projektträger hat hier der Landkreis Teltow-Fläming mit einer hundertprozentigen Förderung aus EU-Mitteln im Rahmen der Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) und LEADER sowie mit Mitteln des Naturschutzfonds Brandenburg eine nachhaltige Moorschutzmaßnahme umgesetzt. Mehr als 7.000 Kubikmeter Bauschutt wurden aus dem seit 1937 unter Schutz stehenden Moor entfernt. Mit dem Rückbau des Bauschutts wurde die Hauptnährstoffquelle beseitigt. Gleichzeitig wurde die Wasserfläche des Teufelssees vergrößert und gute Voraussetzungen für die ungestörte Entwicklung der schützenswerten Flora und Fauna geschaffen.

### Carsten Preuß, Zossen



## DANKE, DR. RUDOLF HAASE!

Auch das Loslassen will gelernt sein. Nicht alle wählen für das Aussteigen aus wichtigen Tätigkeiten den selbstbestimmten Zeitpunkt. Unser Rudi Haase hat es getan und sein Mandat als Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming niedergelegt. Die Entscheidung ist ihm nach gründlicher Überlegung nicht leicht gefallen. Sie ist respektvoll zu akzeptieren.

Fast alle kennen Rudi als ausdauernden Anpacker und seltenen Loslasser. Der promovierte Geophysiker und Gewerkschaftssekretär hat mit seinem Fachwissen die erste Stadtfraktion der PDS in der Kreisstadt bereichert. Gemeinsam mit vier Fraktionsmitgliedern hat sich Rudi u. a. leidenschaftlich für die Beibehaltung von Straßennamen deutscher Antifaschisten eingesetzt. Bei einer Vielzahl von Anträgen und Beschlüssen in zwei Wahlperioden erwiesen sich seine Kenntnisse in Arbeitsrechtsfragen als sehr nützlich. Überhaupt war es ein Glücksfall für die neue formierte Partei, dass auf dem

Namensschild einer Lohnsteuerberatungsstelle Dr. Rudolf Haase stand. Das Büro entwickelte sich zum Beratungszentrum für fast alle Lebenslagen. Immer auf der Seite der sozial Schwachen ging es nicht nur um Steuerfragen. Das grundsätzlich Neue im Lebensalltag brachte viele Probleme. Begierig wurden Rudis Ratschläge und Empfehlungen aufgenommen. Sein Bekanntheitsgrad entwickelte sich auf höchster Stufe.

Folgerichtig kandidierte Rudi von 1998 bis 2014 für alle Kreistagswahlen. Die hohe Anzahl der Wählerstimmen trug wesentlich dazu bei, dass unsere Fraktion bis heute die Zweitstärkste im Kreistag ist. Daran hat übrigens auch seine Ehefrau Margitta bedeutenden Anteil. Denn sie hat den Arbeitersohn aus dem anhaltinischen Schönebeck während eines DSF-Kongresses kennengelernt und nach Luckenwalde »entführt«. Die Ehepartner Haase leisten als wahre Volksvertreter und in bedeutenden Ehrenämtern Vorbildliches für das Allgemein-

wohl. Rudis Spezialgebiete im Kreistag waren die Finanzkontrolle als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, die Umwelt- und Energiepolitik sowie die Entwicklung im ländlichen Raum. Seine Sprechstunden gehen auch heute noch deutlich über das Fachliche hinaus. Mit weitgehender Lebenserfahrung, Auslandsstudien in Kiew und Berufspraktika in Sibirien ist Rudi ein Gestalter, der sich allen irdischen und unterirdischen Fragen stellt. Er hat mehr als das Wesen

dieser Gesellschaft erkundet und dabei vielen Menschen uneigennützig geholfen.

**Der Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion sagen Danke für so vieles, lieber Rudi!**

**Wir wünschen dir viel Zufriedenheit und Freude im Familien- und Freundeskreis sowie sibirische Langlebigkeit.**

**Jürgen Akuloff,**

Fraktionsvorsitzender und

**Felix Thier,** Kreisvorsitzender

**Nachrückerin für Rudi Haase**

## MANDY TURLEY

**Geboren 1973 in Luckenwalde, wohnhaft im Baruther Ortsteil Petkus; Beruf: Erzieherin**

»Die Tätigkeit als Abgeordnete des Kreistages ist für mich ein neues, interessantes Beschäftigungsfeld und gleichzeitig eine Herausforderung.

Ich möchte mich als Erzieherin und Mutter für die Belange der Kinder und Jugendern einsetzen. Da ich selbst in einer Dorfgemeinschaft lebe und arbeite, ist es für mich von großer Bedeutung, dass die Kinder und Jugendlichen glei-



che Chancen für die Ausbildung und Freizeitgestaltung haben.

Wir müssen gemeinsam nach Wegen suchen, dass die Dörfer lebenswert und die vorhandene Infrastruktur erhalten bleibt.«

## NEUE NACHBARN

Jedes Jahr fliehen hunderttausende Menschen vor Krieg, Diskriminierung und Repressalien. Diese Flüchtlinge suchen Schutz und Zuflucht weltweit. Einige Länder haben einen für uns noch unvorstellbaren Flüchtlingszugang, weil es sich um Nachbarregionen von Krisenländern handelt.

Europa steht bei der Aufnahme von Flüchtlingen an dritter Stelle hinter Asien und Afrika.

Flüchtlinge verlassen ihr Heimatland, weil ihr Leben, ihre Freiheit oder ihre Existenz bedroht werden und weil sie auf Schutz und Hilfe hoffen. Die deutsche Asylgesetzgebung macht das Bleiben für viele Menschen trotzdem nicht leicht. Derzeit endet etwa ein Drittel der gestellten Asylanträge mit einem (meist zeitlich begrenzten) Aufenthaltsrecht.

Das Land Brandenburg hat 3,1 Prozent der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge aufzunehmen. Für unseren Landkreis bedeutet das, von 10.000 Flüchtlingen, die Deutschland erreichen, kommen ca. 20 nach Teltow-Fläming.

*Wie sieht es aus in Teltow-Fläming?*

Augenblicklich leben rund 600 Asylbewerber in unserem Kreis. Bis zum Jahresende müssen wir nach den derzeitigen Hochrechnungen noch 470 weitere Flüchtlinge aufnehmen. Die Menschen, die bei uns Schutz suchen, kommen überwiegend aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Somalia und der Russischen Föderation. Der überwiegende Teil lebt in Gemeinschaftsunterkünften in Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde und Großbeeren. Für Rangsdorf und Blankenfelde-Mahlow sind Standorte in Planung, mit anderen Gemeinden laufen erste Gespräche, weil wir den Platzbedarf derzeit noch nicht decken können.

So kritisch wie Gemeinschaftsunterkünfte gesehen werden, so sinnvoll sind sie auch. Sie bieten zunächst Schutz, Orientierung, aber auch Austausch und Unterstützung untereinander. Vom Sprachkurs bis zum Behördengang lässt sich hier vieles besser organisieren. Dass die Gemeinschaftseinrichtung keine Dauerlösung ist, versteht sich von selbst. Flüchtlinge, die ausziehen

dürfen, suchen sich Wohnungen oder werden von den Sozialarbeitern in uns angebotene Wohnungen vermittelt. Hier gibt es durchaus bei den Flüchtlingen auch Ängste und Zurückhaltung, wenn die Wohnung in einer ganz anderen Gemeinde liegt und damit die gerade gewonnenen Ansprechpartner und Freunde vielleicht wieder etwas in die Ferne rücken.

Sowohl Unterstützungsbereitschaft für als auch die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen Flüchtlingsunterkünfte haben in den letzten Monaten zugenommen.

Ängste und Abwehr sind oft am größten, wo es noch keine solche Einrichtung gibt. Das macht viele Gespräche und sachliche Information notwendig. Dazu kann jeder beitragen, auch am Gartenzaun. Am Beispiel von Großbeeren hat man gesehen, wie das Klima der Skepsis in eine große Hilfsbereitschaft umgeschlagen ist.

Unterstützung für die Flüchtlinge ist immer gefragt, allerdings werden Zeit und persönliche Zuwendung weit mehr gebraucht als Sachspenden. Die Begleitung zu einem Termin, der Spielnachmittag mit den Kindern, die Hausaufgabenhilfe, das sind die Punkte, wo es mangelt. An allen Wohnheimstandorten ha-

ben sich Netzwerke gebildet. Die Kontakte kann man bei Frau Witt, unserer Integrationsbeauftragten, oder in den Heimen selber erfahren. Bitte haben Sie etwas Geduld, wenn Ihr Hilfsangebot nicht gleich erwidert wird. Die Alltagsarbeit in den Einrichtungen ist vielfältig und fordernd und nicht immer schaffen es die Sozialarbeiter, sofort auf ein freundlich gemeintes Angebot zu reagieren. Unter [www.ehrenamt-brandenburg.de](http://www.ehrenamt-brandenburg.de) besteht die Möglichkeit Kontakte zu suchen, aber auch Projekte anzubieten. Noch ist die Seite für Teltow-Fläming nicht so gut gefüllt wie es Angebote gibt. Schauen Sie immer mal nach oder tragen Sie selbst eine Projektidee ein.

**Folgende Spenden nehmen wir in den Heimen gern entgegen:**

*Haushaltswaren (Bettwäsche, Decken, Geschirr usw.), Spielzeug und (Kinder-) Fahrräder.*

**Nicht annehmen dürfen wir:**

*Lebensmittel (bitte an die Tafel geben), elektrische Geräte, Kleidung (bitte an die Kleiderkammer geben), und Möbel (bitte an die Möbelkammer geben).*

**Kirsten Gurske,** 1. Beigeordnete im Landkreis Teltow-Fläming

## 2. FRÜHLINKSEMPFANG

**50 Millionen Menschen sind weltweit derzeit auf der Flucht. Nur ein kleiner Teil davon kommt nach Deutschland – ihnen Schutz und Aufnahme zu gewähren, ist das Mindeste, das unser reiches Land tun kann. So stand der 2. FrühLINKSEmpfang am 5. März 2015, zu dem der Vorsitzende des Kreisverbandes, Felix Thier, und der Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE, Hans-Jürgen Akuloff, ins Kreishaus eingeladen hatten, ganz im Zeichen der Flüchtlings- und Asylbewerberproblematik.**

In einem vorangegangenen Pressesgespräch sprach Landtagsabgeordnete Anita Tack darüber, dass sie sich freut, im Auftrag der Linksfraktion im Landtag Brandenburg für Teltow-Fläming zuständig zu sein. Sie bringt dabei ihre Erfahrungen als frühere Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ein, jener Zeit in der sie in Turbogeschwindigkeit unterwegs war. Jetzt ist sie im Landtag zuständig für Stadtentwicklungs-, Bau-, Wohnungs- und Verkehrspolitik. Es war für sie keine schwierige Entscheidung, Teltow-Fläming mit in ihre Obhut zu nehmen, denn sie möchte der ersten Landrätin der LINKEN, Kornelia Wehlan, ihre Unterstützung geben und sozusagen »Hausaufgaben mit nach Hause nehmen«. Es geht um eine sinnvolle politische Anbindung des Landkreises an die Landtagsfraktion und die Regierung. Dabei konzentriert sie sich auf drei Schwerpunkte: den Doppelhaushalt 2015/16, der auch Themen wie die Flüchtlingspolitik behandelt, auf die kommunale und gesellschaftspolitische Willkommenskultur für Flüchtlinge und die Verwaltungsstrukturreform, die mit ihrer voraussichtlichen Gebietsreform mit vielen Emotionen verbunden ist. Der Innenminister wird in diesem Sommer dazu ein Leitbild vorlegen.

Es geht vor allem um eine kluge Flüchtlingspolitik. Dabei muss der Fokus ausgerichtet sein auf ein Mobilitätskonzept, vor allem im ländlichen Raum. Es müssen regional zugeschnittene Lösungen gefunden werden. Vor allem muss mehr Geld für die Flüchtlingsbetreuung zur Verfügung gestellt werden. Maritta Böttcher, stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes Teltow-Fläming, zeigte sich beein-

druckt von den vielen Initiativen aus der Bevölkerung, die eine Willkommenskultur entstehen ließen, mit der sie nicht gerechnet habe. Besonders ehrenamtliche Helfer engagieren sich, wie Ilona Petzhold, von »Petzis Kinderland« in Jüterbog, die regelmäßig ausländische Kinder zum Spielen einlädt. Auch die evangelische Kirche bietet jeden Samstag Möglichkeiten zum Treffen mit ausländischen Mitbürgern in ihrem »Flüchtlingscafé« an. Leider fehlen noch immer Rahmenbedingungen für die große Anzahl der unterzubringenden Flüchtlinge, dabei geht es um geeigneten Wohnraum, um die Erstaussstattung, und



v. l. n. r. Kornelia Wehlan, Landrätin; Kirsten Gurske, 1. Beigeordnete; Maritta Böttcher, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales; Anita Tack, Mitglied des Landtages

die Gesundheitsvorsorge. Hier will man den Weg des »Bremer Modells« gehen, dass sich vor allem um die Gesundheitsvorsorge der Asylbewerber verdient macht. Die Einführung einer Chipkarte, die im Falle des Arztbesuches vorgelegt werden kann, ist ein wichtiger Schritt, bei dem auch Verwaltungsarbeit verringert wird. Ganz wichtig ist das Erlernen der deutschen Sprache. Die Sprache ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe am Leben, vor allem für die Kinder, unter denen es nicht wenige gibt, die aufgrund ihrer dramatischen Vergangenheit, noch nie eine Schule gesehen haben.

Andrea Johlige, Mitglied des Landtages Brandenburg und Sprecherin für Asyl-, Flüchtlings-, MigrantInnen- und AusländerInnenpolitik und für das Tolerante Brandenburg, sprach das Schulproblem an. Hier sei das Bildungsministerium in der Pflicht. Die soziale Kompetenz in der Bevölkerung muss wachsen, obwohl es schon überall Hilfe und Partnerschaften gibt, die sich als Integrationskraft und Vermittler zwischen

den Menschen und den Kommunen, Behörden und Ämtern verstehen. Nach der Pressekonferenz eröffnete Felix Thier den Empfang, zu dem auch Landrätin Kornelia Wehlan und die Erste Beigeordnete Kirsten Gurske sowie die Bürgermeisterin von Nuthe-Urstromtal, Monika Nestler und Trebbins Bürgermeister Thomas Berger, neben vielen anderen, als Gäste begrüßt werden konnten. Kornelia Wehlan sagte, dass es sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen um elementare Menschenrechte, wie Wohnen und Leben handelt und dass man hier deutliche Signale für die Bewältigung dieser Aufgabe setzen möchte.

Sprache nicht beherrschen, weil das oft zu deren Isolation führt. Hier haben wir Unterstützung zu geben, so die Sozialarbeiterin. Für die Sprachentwicklungen konnten Dozenten von der Volkshochschule gewonnen werden. Wichtig dabei ist es, den Menschen zu vermitteln, dass das Erlernen der deutschen Sprache dabei ein Schlüssel für ihre Integration in einem, ihnen fremden Land, sein kann.

Andrea Johlige sprach auch darüber, dass die Job-Center noch nicht darauf vorbereitet seien, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Es muss besonders an den Schnittstellen der Flüchtlings- und Arbeitspolitik sowie der gesundheitlichen Vorsorge gearbeitet werden. Dazu müssen die Kommunen und der Bund in die Pflicht genommen werden.

Mit unter den Gästen weilten an diesem Abend auch Asylbewerber und schon Jahre in Luckenwalde wohnende Ausländer, wie Seta Velontrava. Er kam einst aus Madagaskar, spricht gut deutsch und betreut als Sozialarbeiter Asylbewerber. Auch Pierre Aflantoure aus Syrien war dabei, er wohnt seit zwei Jahren in Luckenwalde und lernt zurzeit die deutsche Sprache.



Bildmitte, stehend am Tisch v. r. n. l. Andrea Johlige Mitglied des Landtages, Sprecherin für Flüchtlings- und Asylpolitik, Peter Dunkel, Mitglied des Kreistages, Thomas Berger (CDU), Bürgermeister Trebbin, Jürgen Akuloff, Vorsitzender der Linksfraktion

Christine Geister, Leiterin des Jüterboger Übergangsheimes, benannte die Vielschichtigkeit der Fragestellungen. Hier bedarf es der Unterstützung, denn der Aufgaben soll sich mit einer großen Willkommenskultur zugewandt werden. Wichtig sind vor allem auch Informationen: Wer kommt, mit welchem Hintergrund und aus welchem Land. Priorität haben dabei Integrationsprogramme für Schulen und Kitas. Es ist schwer für die Menschen, wenn sie die

Einig darüber waren sich an diesem Abend alle, dass Kriege einer der Hauptgründe für die Flüchtlingsbewegungen sind und dass gerade deshalb Deutschland mit in der Pflicht ist, diese Menschen nicht nur aufzunehmen, sondern auch menschenwürdig zu betreuen und zu integrieren. Die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, ist auch eine große Aufgabe aller demokratischen Parteien.

**Sabine Gumpel, Trebbin**

### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 31. März 2015  
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 2.000, April 2015  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.